DIE TAGESZEITUNG
junge Welt



HEMN BABAN / PICTURE ALLIANCE / AA

In Trümmern

Nach den Parlamentswahlen im Irak zeichnet sich die Bildung einer Koalition unter der Führung des auf Ausgleich bedachten Muktada Al-Sadr ab. Ob es gelingt, das Land zu stabilisieren, ist aber zweifelhaft. Von Joachim Guilliard

» SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · **FREITAG, 22. JUNI 2018, NR. 142** · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT **WWW.JUNGEWELT.DE**

Schlusswort
NSU: Zschäpe-Anwältin meint, wer **4** sich nicht bekenne, sei nach EU-Definition kein Terrorist

Indoktrination
Rumänien: Massenprotest gegen **7** neue Strafprozessordnung. Einflussnahme befürchtet

Zangengriff
Krieg und Sanktionen drosseln Öl- **9** produktion der größten Export-länder. Lösung: »OPEC plus«

Papakind
Eva Weissweilers neue Biographie **10** über »Lady Liberty«, Marx' jüngste Tochter Eleanor

Bundesbank sagt danke

Deutschland hat an »Rettung« Griechenlands 2,9 Milliarden Euro verdient. Opfer brutaler Kürzungen sind unter anderem Pensionäre. **Von Jörg Kronauer**



ALKIS KONSTANTINIDIS/REUTERS

Katastrophal verarmt: Griechische Rentner protestieren in Athen (Mai 2018)

Deutschland hat in Milliardenhöhe von den sogenannten Hilfsprogrammen für Griechenland profitiert. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen hervor. Demnach sind bei der Bundesbank bis 2017 Zinsgewinne in Höhe von rund 3,4 Milliarden Euro aus dem EZB-Programm zum Ankauf griechischer Staatsanleihen angefallen. Zwar haben die Eurostaaten im November 2012 beschlossen, Zinsgewinne in Zukunft an Athen zurückzuzahlen. Das ist allerdings bislang nur für die Jahre 2013 und 2014 geschehen. Nach Abzug der entsprechenden 900 Millionen Euro verbleiben der Bundesbank immer noch 2,5 Milliarden Euro an griechischen Zinsen. Hinzu kommen Zinsgewinne in Höhe von rund 400 Millionen Euro, welche die bundeseigene Förderbank KfW aus einem Darlehen für Griechenland gezogen hat. Damit sind netto seit 2010 Mittel in Höhe von 2,9 Milliarden Euro aus Athen an Bundesbank und KfW abgeflossen.

Griechenland blickt derweil auch nach dem Ende des dritten »Hilfsprogramms«, das die Euro-Finanzminister am gestrigen Donnerstag beschließen wollten, in eine – gelinde gesagt – ungewisse Zukunft. Die Regierung von Ministerpräsident Alexis Tsipras hatte zuletzt noch – gegen massive Proteste der Bevölkerung – einige drakonische Maßnahmen durchgesetzt, darunter brutale Rentenkürzungen, um die EU-Bedingungen für das Ende des Programms am 20. August zu erfüllen. Athen muss nun nach acht Jahren deutsch geprägter Krisenpolitik mit um gut 50 Prozent auf 180 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) angeschwollenen Staatsschulden klarkommen. Weil das auch in der westlichen Finanzwelt als ein äußerst abenteuerliches Vorhaben gilt, hatte der Internationale Währungsfonds (IWF) noch bis kurz vor Schluss versucht, die zuständigen Stellen der EU zu einem Schuldenerlass für Griechenland zu bewegen. Die französische IWF-Chefin Christine Lagarde hat dabei allerdings auf soliden teutonischen Granit gebissen, weshalb der IWF letztlich aus dem »Hilfsprogramm« ausgeschieden ist.

Einigkeit bestand unter den Euro-Finanzministern vor dem gestrigen Treffen denn auch lediglich darin, dass man Laufzeiten und Zahlungsfristen griechischer Staatskredite verlängern könne. Dies wird, so hat es Tsipras am Wochenende formuliert, »die europäischen Steuerzahler nichts kosten« – ausgenommen natürlich die griechischen. Gegen den Vorschlag, Athen zumindest die erwähnten Zinsgewinne aus den von der EZB angekauften griechischen Staatsanleihen zu erstatten, hatte die Bundesregierung bis zuletzt Einwände geäußert. Spannend wird es für die Regierung in Athen nun Ende August, wenn sich Griechenland wieder selbst über die Finanzmärkte finanzieren muss. Das Vorhaben wird dadurch nicht erleichtert, dass die griechischen Zinszahlungen, die teilweise bis 2021 gestundet wurden, danach deutlich ansteigen werden – auf vier Prozent des BIP im Jahr 2024, dann weiter auf fünf Prozent des BIP im Jahr 2040. Die Darlehen orientieren sich dabei an den Marktzinsen; Athens Zinslast könnte also durchaus noch weiter steigen.

Unabhängig davon lassen sich die EU-»Hilfsprogramme« für Athen dahingehend bilanzieren, dass die griechische Bevölkerung katastrophal verarmt ist, manche deutsche Konzerne sich aber dank der erzwungenen Privatisierung in den Besitz einiger Filetstücke der Infrastruktur bringen konnten, darunter der Hafen von Thessaloniki und die 14 griechischen Regionalflughäfen, die sich profitabel betreiben lassen. Einmal mehr hat sich so das neutestamentliche Prinzip bewährt: Wer hat, dem wird gegeben.

■ Siehe Seite 8

Repression vor Wahlen in Türkei

Mehrere Festnahmen von Aktivisten der Opposition. Bundestagsabgeordneter darf nicht einreisen

Vor den am Sonntag stattfindenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Türkei vergeht kein Tag, an dem nicht Funktionäre und Mitglieder der Demokratischen Partei der Völker (HDP) festgenommen werden. Am Donnerstag morgen haben Spezialeinheiten der Polizei mehrere Wohnungen von HDP-Aktivisten in Van und Gürpinar im Osten der Türkei gestürmt. Bei den Razzien sollen laut der kurdischen Nachrichtenagentur *Firat* 21 Personen festgenommen worden sein. Ein großer Teil der Festgenommenen soll sich als freiwillige Wahlhelfer gemeldet haben. Die Gründe für die Festnahmen sind bisher nicht bekannt.

Bereits am vergangenen Mittwoch wurden zahlreiche Wohnungen von HDP-Mitgliedern in Bursa und Sirnak gestürmt. Mindestens acht Aktivisten wurden festgenommen. Laut *Firat* ist der Grund für diese Polizeimaßnahmen bisher nicht bekannt. Auch in Erzurum wurden bei Hausdurchsuchungen am Mittwoch zehn Mitglieder der HDP-Schwesterpartei Demokratische Partei der Regionen (BDP) festgenommen. Am Dienstag abend war zudem bereits Arife Cinar, Mitglied im Parteirat der HDP, in Izmir verhaftet worden. Sie war im Stadtteil Menemen für den Wahlkampf ihrer Partei unterwegs, als sie von der Polizei gestoppt und in Gewahrsam genommen wurde. Laut der Polizei soll ein Haftbefehl gegen Cinar vorliegen.

Ebenfalls am Dienstag ist der deutsche Staatsbürger und Politiker der Linkspartei Niklas Haupt an der Einreise in die Türkei gehindert worden. Laut einem *Firat*-Bericht vom Donnerstag wurde Haupt bei der Ankunft in Izmir von der Polizei festgehalten und nach einem mehrstündigen Verhör wieder nach Deutschland abgeschoben. Haupt würde die Einreise »aus Gründen der öffentlichen Sicherheit« nicht gestattet, so die türkischen Behörden. Die Nachrichtenagentur *dpa* berichtete am Donnerstag, dass auch dem Linken-Bundestagsabgeordneten und OSZE-Wahlbeobachter Andrej Hunko die Einreise in die Türkei untersagt wurde. **Kevin Hoffmann**

EU will Flüchtlingslager außerhalb Europas



ESAM OMRAN AL-FETORI/REUTERS

Brüssel. Aus Seenot gerettete Flüchtlinge sollen nach dem Willen der EU-Kommission künftig in als »zentrale Sammelpunkte« bezeichnete Lager außerhalb EU-Europas gebracht werden. EU-Ratspräsident Donald Tusk hatte diesen Kurswechsel im Rahmen des europäischen Asylstreits im Entwurf der Erklärung zum EU-Gipfel kommende Woche vorgeschlagen. Über eine mögliche Umsetzung dieser Idee in nordafrikanischen Ländern führe die Behörde bereits Gespräche mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk und der Internationalen Organisation für Migration, sagte EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos am Donnerstag in Brüssel. In diesem Zusammenhang betonte er, dass vor allem die Kooperation mit Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Niger und Tunesien noch ausgebaut werden soll. Bisher habe sich jedoch noch kein Staat dazu bereit erklärt, ein solches Lager einzurichten. (dpa/jW)

Apple: 21 Milliarden Euro an Steuern zuwenig?

Brüssel. Die Fraktion der Linken im EU-Parlament wirft Apple nach einer Untersuchung vor, in Europa in den vergangenen Jahren Milliarden Euro an Steuern zuwenig bezahlt zu haben. Die Studie kommt auf einen Betrag zwischen vier und 21 Milliarden Euro für die Jahre 2015 bis 2017. »Es kann nur eine Schätzung sein, wegen der mangelnden Transparenz von Apple und seiner Tochterfirmen«, sagte der Abgeordnete Martin Schirdewan am Donnerstag in Brüssel. Da es in Apples Finanzberichten an die US-Börsenaufsicht keine Zahlen speziell zur EU gebe, mussten die Autoren der Studie sowohl die Höhe des operativen Gewinns von Apple in der Region als auch der Steuerzahlungen und der Steuersätze schätzen. Der irische Abgeordnete Matt Carthy von der Partei Sinn Féin warf der Regierung seines Landes vor, in großem Stil die Steuervermeidungsstrategie von Apple zu begünstigen. (dpa/jW)

jW wird herausgegeben von 2.109 Genossinnen und Genossen (Stand 15.6.2018)
■ **www.jungewelt.de/lpg**

4 198625 901607 50025